



## KOLUMNE

### REINER EICHENBERGER

ist Professor am Seminar für Finanzwirtschaft der Universität Freiburg

# Tempo 30? Bitte mit mehr Vernunft!

**WUNDERN SIE SICH AUCH** darüber, wie in der Schweiz Tempo 30 eingeführt wird? Hier bedeutet Tempo 30 zumeist sehr teure bauliche Massnahmen mit Schwellen und Hindernissen, die Autoblench und das Leben von Velofahrern bedrohen. Zudem werden Tempoüberschreitungen drakonisch gebüsst. Wer beispielsweise nach einem Zwischenhalt vergisst, dass er in einer 30er-Zone ist, und deshalb ganz normal mit gut 50 fährt, verliert oft den Fahrausweis und kassiert eine unglaublich hohe, einkommensabhängige Busse. Ganz anders im Ausland: Da wird Tempo 30 oft nur einfach signalisiert, und die Bussen sind viel kleiner. Aber trotzdem scheinen sich die Autofahrer genauso gut oder besser an die Limiten zu halten. Weshalb das?

**WIR HABEN** ein völlig entgleistes Verkehrsbusenregime mit viel zu hohen Strafen für unabsichtliche Geschwindigkeitsübertretungen. Das gilt insbe-

sondere für das Fahren mit normalem Innerortstempo 50 in bürokratisch festgelegten 30er-Zonen. So wird oft eine Geschwindigkeit, die bis vor kurzem gleichenorts völlig normal war und vielerorts in der Schweiz unter verkehrstechnisch gleichen Umständen üblich ist, wesentlich härter bestraft als Einbruch oder Diebstahl.

**ALS FOLGE DER** überhöhten Strafen kann dann das Temporegime nicht konsequent überwacht und durchgesetzt werden. Denn sonst würden viele Anwohner von 30er-Zonen die Fahrausweise verlieren, was der für die Kontrolle der Geschwindigkeit auf Gemeindestrassen zuständigen Gemeindepolizei natürlich nicht recht sein kann. Denn immerhin sind die Anwohner ja auch Steuerzahler und die eigentlichen Chefs der Gemeindepolizei.

**WENN ABER** die Kontrollintensität tief ist, wird einerseits trotz hoher Bussen

oft zu schnell gefahren, andererseits erscheinen die hohen Bussen dann als besonders ungerecht. Es wird reiner Zufall, ob man bei einer versehentlichen «Schnellfahrt» erwischt wird oder nicht. Solche hohen Zufallsstrafen haben aber kaum Abschreckungswirkung, und sie unterwandern die Motivation der Bürger, sich freiwillig an all die anderen Gesetze und Vorschriften zu halten. Deshalb müssen dann die Strassen so umgebaut – besser: verengt und gefährlich gemacht – werden, dass die Autofahrer möglichst zu Tempo 30 gezwungen werden und Tempo-50-Fahrer als wahre Raser und Sünder dastehen.

**DIE VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN** und persönlichen Folgen der heutigen Regelung sind riesig, auch wenn die zuständigen Ämter ihre Kosten in Form von baulichen Massnahmen, Stürzen von Velofahrern über unsinnige Schwellen oder Blumenkisten, der Kriminalisierung der Autofahrer sowie der Zerstö-

rung ihrer Bereitschaft, sich freiwillig an Verkehrsnormen zu halten, nicht richtig erfassen und veröffentlichen. Was also tun?

**ZUM GLÜCK IST DIE LÖSUNG** erstaunlich einfach: Die Strafen müssen gesenkt, aber die Kontrollintensität erhöht werden. Unter Kriminalitätsforschern besteht mittlerweile weitgehend Konsens, dass die reine Strafhöhe kaum abschreckenden Charakter hat und oft sogar negative Reaktionen hervorruft. Eine grosse Abschreckungswirkung haben hingegen eine hohe Strafwahrscheinlichkeit – also eine intensivere Kontrolle – und die schnelle Durchsetzung der Strafen. Dank tieferen Strafen und höherer Strafwahrscheinlichkeit würden die Verkehrssünder ihre Busse als weniger unangemessen und zufällig und damit als gerechter empfinden. Dank der höheren Kontrollintensität könnten auch regelmässige Schnellfahrer – die die heutigen seltenen Kontrollen mit modernen

Informationssystemen und Radiomeldungen leicht erkennen können – besser erfasst und entsprechend gezielt bestraft werden. Schliesslich würde dank intensiveren Kontrollen die Aufmerksamkeit der Autofahrer zunehmen, und gleichzeitig hätte ein unbeabsichtigtes Schnellfahren keine so zufälligen und dramatischen rechtlichen Konsequenzen mehr. Deshalb könnte dann auch auf die aufwendigen und oft gefährlichen Baumassnahmen verzichtet und Tempo 30 einfach nur noch gut sichtbar signalisiert werden – mit einer Tafel am Strassenrand und einer grossen 30 auf der Fahrbahn. Ich bin überzeugt, dass so viel Geld gespart werden könnte und zugleich die Geschwindigkeitsvorschriften besser eingehalten, anständige Autofahrer weniger kriminalisiert und ihre Motivation zum freiwilligen Einhalten anderer Verkehrsvorschriften gestärkt würden.

kolumne@bernerzeitung.ch

## BUNDESRAT

### Regeln für Boni-Steuer

Mehrere Bundesräte wollen mit einer Boni-Steuer der SP entgegenkommen, dies damit sie dem UBS-Staatsvertrag zustimmt.

Drei Bundesräte haben offenbar einen Plan ausgeheckt, wie sie den UBS-Staatsvertrag vor dem Scheitern retten wollen. Dies berichtet die «NZZ am Sonntag». Demnach wollen Hans-Rudolf Merz (FDP), Micheline Calmy-Rey (SP) und Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) dem Gesamtbundesrat unter anderem eine Sondersteuer für exzessive Boni vorschlagen.

Die drei Bundesräte wollen den Gesamtbundesrat auch überzeugen, den letzte Woche erschienenen Expertenbericht zur «Too big to fail»-Problematik zu unterstützen. **MA**

## FDP

# Einigung im Kompromiss

Die FDP hat am Samstag in Bern ihre intern äusserst umstrittene Weissgeldstrategie ohne Abstriche verabschiedet.

Dem Präsidenten der FDP war an der Delegiertenversammlung vor allem eines wichtig: dass Ruhe einkehrt in der Partei.

Dieses Ziel ist insofern gelungen, als dass es den Delegierten gelang, sich auf die intern sehr umstrittene Weissgeldstrategie zu einigen – und zwar in allen Punkten. In vielen Punkten musste die Partei Kompromisse eingehen, um einen gemeinsamen Nenner zu finden. Im Folgenden die wichtigsten Punkte, • Steuerhinterziehung in der Schweiz: Die Unterscheidung von Betrug und Hinterziehung soll weiterhin gelten, «ihre Ab-



FDP-Präsident Pelli: «Nie mehr solche zehn Wochen.»

grenzung aber nach der materiellen Schwere» erfolgen.

- Steuerhinterziehung durch ausländische Bankkunden: Die FDP steht hinter den neuen Doppelbesteuerungsabkommen. Ausländischen Steuerbehörden soll bei Verdacht auf Hinterziehung Amtshilfe geleistet werden.
- Altlasten: Schwarzgeld aus der EU soll durch Abkommen mit den jeweiligen Staaten legali-

siert werden. Anschliessend ist eine Abgeltungssteuer einzuführen.

- Weissgeldstrategie: Einerseits sollen den Schweizer Banken Verhaltensregeln auferlegt werden. Andererseits sollen ausländische Bankkunden erklären, dass ihr Geld versteuert ist. Diese Selbstdeklaration soll eingeführt werden, wenn im Partnerland die Schweizer Banken den freien Marktzutritt haben.
- Bei Neuverhandlungen zu solchen Abkommen soll die EU den Verzicht auf den automatischen Informationsaustausch garantieren. Die Höchstgrenze des Steuerfusses soll bei 20 Prozent liegen. **MA/SDA**

Jetzt online:  
**Finanzplatz Schweiz**  
 Die FDP-Finanzmarktstrategie  
[www.fdp.bernerzeitung.ch](http://www.fdp.bernerzeitung.ch)

## DELEGIERTENVERSAMMLUNG

### CVP entfernt sich immer mehr von der Kirche

Die CVP versuchte sich an der Delegiertenversammlung auf ein neues Profil zu einigen. Lockerer wird das Verhältnis zur Kirche.

CVP-Präsident Christophe Darbellay verlangt eine schwarze Liste für pädophile Straftäter. Dies sagte er am Samstag am Parteitag in Chur. Zentrales Thema des Anlasses war aber die Suche nach einem «erkennbaren Profil» der Partei und nach Inhalten für das «C» im Namen.

Gott und die Kirche kamen dabei nicht zum Zug, dafür humanitäre Werte. Als Diskussionsgrundlage lag den 250 anwesenden Parteimitgliedern ein Grundsatzpapier vor, das nun in die parteiinterne Vernehmlassung geht. Als christliche

Grundwerte der Partei nennt das Thesenblatt das Entstehen für Menschenwürde, Eigenverantwortung, Solidarität und eine differenzierte Konsenspolitik der Mitte.

Die Kernaussagen decken sich mit einer parteiinternen Umfrage. Die Parteibasis sieht Freiheit, Selbstverantwortung, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit als zentrale CVP-Werte. Wichtigste Themen sind die Familienpolitik und das Entstehen für eine soziale Marktwirtschaft.

Der Glaube an Gott, die Bibel und die Kirche kommen weder im Arbeitspapier noch in den Umfrageresultaten vor. Lucrezia Meier-Schatz, Leiterin der «C»-Arbeitsgruppe, bezeichnete die Kirche als eine Institution, «in deren Schoss die Partei nicht zurückkehren will». **SDA**

ANZEIGE

# Fr. FAMILIENFREUNDLICH.-

Technologie jetzt für alle.



**CITROËN BERLINGO**  
 Dauertiefpreis ab Fr. 18'990.-  
 < 5,6 l/100 km\* > Grip Control\*\*



**CITROËN C3 PICASSO**  
 Dauertiefpreis ab Fr. 17'990.-  
 < 5,0 l/100 km\* > Connecting Box\*\*  
 Follow Me Home\*\*



**CITROËN C4 PICASSO**  
 Dauertiefpreis ab Fr. 23'990.-  
 Berganfahrhilfe < 5,3 l/100 km\* >



**CITROËN GRAND C4 PICASSO**  
 Dauertiefpreis ab Fr. 24'890.-  
 Automatische elektrische Parkbremse

CITROËN empfiehlt TOTAL

Näheres zu unseren neuen Preisen erfahren Sie bei Ihrem Citroën-Händler oder unter [www.citroen.ch](http://www.citroen.ch)

Berlingo 1.6i Essential, 5-Gang, 90 PS, 5-Türen, Dauertiefpreis Fr. 18'990.-; Verbrauch gemitt. 8,2 l/100 km; CO<sub>2</sub>-Emission 195 g/km; Treibstoffverbrauchskategorie D. C3 Picasso 1.6 VTi Essential, 5-Gang, 120 PS, 5-Türen, Dauertiefpreis Fr. 17'990.-; gemitt. 7,5 l/100 km; CO<sub>2</sub> 177 g/km; Kategorie B. Die Preise gelten für alle zwischen dem 6. Januar und dem 30. April 2010 verkauften und immatrikulierten Fahrzeuge. Erprobte Verkaufspreise. Auf Dauertiefpreise keine weiteren Vergünstigungen. Citroën behält sich das Recht vor, die technischen Daten und die Preisliste-Vorankündigungen zu ändern. CO<sub>2</sub>-Durchschnitt: alle angebotenen Fahrzeugmodelle 200 g/km. Abbildungen nicht verbindlich. \* Bei 90 km/h, DPF, 90 PS; gemitt. 5,6 l/100 km; Kategorie A. C3 Picasso 1.6 HDi, DPF, 110 PS; gemitt. 5,0 l/100 km; Kategorie A. C4 Picasso 1.6 HDi, DPF, 110 PS; gemitt. 5,3 l/100 km; Kategorie A. Grand C4 Picasso 1.6 HDi, DPF, 110 PS; gemitt. 5,3 l/100 km; Kategorie A. \*\* Je nach Modell.



CREATIVE TECHNOLOGIE